



## ELMAU 2022: G7 DÜRFEN DIE HUNGERNDEN NICHT ERNEUT ZURÜCKKLASSEN

Das kurz entschlossene Handeln der G7-Staaten angesichts der globalen Hungerkrise, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelöst wurde, ist zu begrüßen: Durch Investitionen in Nothilfe gilt es jetzt, Menschenleben zu retten. Gleichzeitig müssen die G7-Staaten auf dem Gipfel in Elmau Ende Juni zwingend eine langfristige Strategie vereinbaren, die eine weitere Zunahme des Hungers verhindert und zum Ziel der Vereinten Nationen, den Hunger weltweit zu eliminieren, signifikant beiträgt. Elmau 2022 muss zum Startpunkt für eine langfristige Transformation der globalen Ernährungssysteme werden.

Seit 2019 steigen die Preise für Lebensmittel weltweit an, seit 2020 sogar sehr stark. Und seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine explodieren sie förmlich. Durch den Krieg ist auch der Handel über die ukrainischen Häfen im Schwarzen Meer unterbrochen, und solange die Gefechte anhalten, werden Aussaat und Ernte in der Ukraine nur sehr eingeschränkt möglich sein. Auf die Eskalation der Hungerkrise, die sich gerade vor unseren Augen entwickelt, hat die Bundesregierung kürzlich gemeinsam mit den G7-Staaten und der Weltbank mit der Gründung der Global Alliance for Food Security (GAFS) reagiert. Wie in dem Konzeptpapier des Bundesentwicklungsministeriums zur GAFS zu lesen ist, hat die Initiative zum Ziel, „eine schnelle, unmittelbare

und koordinierte Reaktion auf die sich ausbreitende globale Krise der Ernährungssicherheit [...] als Akt der Solidarität und Unterstützung für die am stärksten Betroffenen voranzutreiben“ (übersetzt aus GAFS, 2022a). Der Vorstoß ist zu begrüßen. Entscheidend aber ist, dass sich die damit verbundenen Maßnahmen auch an den tatsächlichen Bedarfen der betroffenen Menschen orientieren.

### G7/G8-Initiativen zur Hungerbekämpfung seit über einem Jahrzehnt wirkungsschwach

Ein Blick zurück: Aufgrund der dramatischen Situation während der Nahrungsmittelpreiskrise von 2008, in deren Folge ein Anstieg der Zahl der Hungernden auf über 1 Milliarde Menschen geschätzt worden war, setzten die G8-Staaten (die heutige Gruppe der sieben führenden Industrienationen – G7 – war damals noch um Russland ergänzt) im Jahr 2009 das Thema Ernährungssicherheit auf ihre Agenda. Die hieraus entstandene L’Aquila Food Security Initiative (AFSI) markiert eine Trendwende weg von Hilfslieferungen zur Bekämpfung akuter Hungersnöte hin zu einer umfassenden und vorausschauenden Förderung ländlicher Entwicklung – mit dem Ziel, die Ernährung weltweit nachhaltig zu sichern. Das Ergebnis der Initiative wird unterschiedlich eingeschätzt: Während die G7 sich selbst die Bewertung „Exzellente“ zustehen (G7 France, 2019), kritisieren Nichtregie-

rungsorganisationen, dass ein Großteil der Gelder nicht wie versprochen an die betroffenen Länder ausgezahlt wurde (Welthungerhilfe, 2012). Langfristige Wirkung konnte die AFSI nie entfalten.

Im Jahr 2012 haben die G8-Staaten dann auf Initiative der US-Regierung – unter anderem unterstützt durch die Weltbank – die New Alliance for Food Security and Nutrition (NAFSN) ins Leben gerufen. Auch hier war das übergeordnete Ziel, Investitionen im ländlichen Raum zu fördern – und zwar konkret Investitionen der Privatwirtschaft in den afrikanischen Partnerländern. Die NAFSN wurde allerdings dafür kritisiert, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu marginalisieren und die Deregulierung des Agrarsektors voranzutreiben (Prášková und Novotný, 2021). In der Eigenberichterstattung der G7 hingegen wird auch diese Initiative mit „Gut“ bewertet (G7 France, 2019).

Drei Jahre später, im Jahr 2015, folgte dann die sogenannte Elmau-Verpflichtung – mit einem ebenso konkreten wie ambitionierten Ziel: 500 Millionen Menschen sollten bis 2030 von Hunger befreit werden. Da die Weltgemeinschaft sich mit dem globalen Nachhaltigkeitsziel 2 (SDG 2) vorgenommen hat, bis 2030 eine Welt ohne Hunger zu erreichen, ist die „Elmau-Verpflichtung“ als Beitrag der G7 zu diesem Ziel zu verstehen. Konkrete finanzielle oder politische Zusagen zur Untermauerung der Verpflichtung bleiben jedoch bis heute aus. Es wurde lediglich vereinbart, die Ausgaben der G7-Staaten für Landwirtschaft und Fischerei im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) zu erfassen (Welthungerhilfe/Terre des hommes, 2022). Da das Erreichen des 500-Millionen-Ziels ebenso wie das Erreichen von SDG 2 bis 2030 mit Blick auf die bisherigen Anstrengungen unrealistisch ist, scheint die entsprechende G7-Eigenbewertung („Hinter den Erwartungen“) mehr als gerechtfertigt.

All die genannten Vorhaben haben zwei Dinge gemeinsam: Weder zeichnen sie sich durch einen langen Atem aus, noch können sie auf nachhaltige Erfolge verweisen, wie die weltweite Zunahme der Zahl der Hungernden seit 2015 zeigt. Aus diesen Fehlern muss gelernt werden. Zwar ist die nun folgende vierte Initiative der G7, die Global Alliance for Food Security, explizit auf eine kurzfristige Bewältigung der Krise ausgelegt. Sie sollte aber in eine politische Strategie münden, die langfristig zur Transformation der globalen Ernährungssysteme hin zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung für alle Menschen beiträgt. Besonderes Augenmerk sollte hierbei auch auf die Überwindung der Mangelernährung gelegt werden.

## Welches Potenzial hat die GAFS?

Die Global Alliance for Food Security soll, soweit bisher bekannt, als politisches Bündnis ausgestaltet werden, das durch eine offene Struktur „gleichgesinnte Länder und Organisationen“ (GAFS, 2022b) zusammenbringt, um „so in einem temporären Forum schnell und agil auf die sich entwickelnde Nahrungsmittelkrise zu reagieren“ (übersetzt aus GAFS, 2022a). Das Bündnis wurde im Rahmen des Treffens der G7-Entwicklungsminister\*innen Mitte Mai in Berlin vorgestellt und von einer Reihe wichtiger Akteur\*innen unterstützt.

Generell hat die GAFS das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Hungersnot zu leisten. Doch auch wenn jetzt schnell und unbürokratisch gehandelt werden muss (und soll), dürfen die bestehenden Strukturen zur Ernährungssicherung nicht außer Acht gelassen werden. Staatliche wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen – auch aus den betroffenen Ländern – müssen umfassend und zeitnah in die Ausgestaltung der Allianz eingebunden werden, damit diese eine hohe Wirkkraft entfalten kann. Das Bündnis benötigt außerdem konkrete Finanzierungsziele, die an die tatsächlichen Bedarfe

## G7/G8-Initiativen zu Ernährungssicherheit und ihre eigene jeweils letzte Bewertung im G7 Progress Report\*

Jahr	Titel	Bewertung im G7 Progress Report	Status
2009	L'Aquila Food Security Initiative (AFSI)	„Excellent“	Abgeschlossen 2012
2012	New Alliance for Food Security and Nutrition (NAFSN)	„Good“	Abgeschlossen 2016
2015	„Elmau-Verpflichtung“ (Broad food security and nutrition development)	„Below Expectations“	Laufend, bis 2030
2022	Global Alliance for Food Security (GAFS)	Bewertung erfolgt 2025	Laufend, geplant für 2 Jahre

\* eigene Darstellung, basierend auf: G7 France, 2019 und GAFS, 2022a.

angepasst sind: Um zum Beispiel die Finanzierungslücke zu decken, die durch die Folgen des Ukraine-Krieges allein für das Welternährungsprogramm (WFP) prognostiziert wird, wären acht Milliarden US-Dollar nötig (Wax, 2022).

## Über Symptombekämpfung hinausgehen

Die aktuelle globale Ernährungssituation ist nicht allein eine Konsequenz des Ukraine-Krieges, sondern Folge des Zusammenspiels verschiedener Faktoren: einer langjährigen dramatischen Vernachlässigung ländlicher Räume im globalen Süden, der Klimakrise, einer zunehmenden Anzahl an Konflikten, der Corona-Pandemie sowie steigender Nahrungsmittel- und Energiepreise weltweit. Vor allem aber verdeutlicht sie auch die Schwächen unseres weltweiten Ernährungssystems, das weder gerecht noch nachhaltig noch krisenfest ist. Die G7-Staaten müssen sich deshalb parallel zur Nothilfe ambitioniert der Reduktion des chronischen Hungers, dem Erreichen des Elmau-Ziels und der Transformation unserer Ernährungssysteme widmen. Dies muss in einer langfristigen, engen und gleichberechtigten Partnerschaft mit den betroffenen Ländern, der Zivilgesellschaft und lokalen Organisationen geschehen. Die Mittel der Wahl sind hierbei die Förderung der ländlichen Entwicklung und der regionalen Ernährungssysteme im globalen Süden durch Initiativen mit Laufzeiten von mindestens zehn Jahren und eine angemessene, flexible Finanzierung für die Entwicklungszusammenarbeit.

Allein um das Elmau-Ziel zu erreichen, müssten die G7-Staaten bis 2030 jährlich rund 14 Milliarden US-Dollar zusätzlich aufbringen (Chichaibelu et al., 2021).

Auch hier ist es wichtig, die Umsetzung schnell einzuleiten und nicht erst auf weiteren Erkenntnisgewinn zu warten. Schließlich wurden die zielführenden Handlungspfade bereits vielfach skizziert – im Rahmen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und nicht zuletzt von den G7 selbst bei ihrem Gipfeltreffen 2009. So gilt es beispielsweise, Nachernteverluste massiv zu verringern. Auch die standortgerechte Landwirtschaft, die den Anbau lokal angepasster und widerstandsfähiger Kulturen und Sorten einschließt, muss massiv gestärkt werden. Das gilt auch für den lokalen und regionalen Handel mit Nahrungsmitteln. Durch entsprechende strategisch kombinierte Vorgehensweisen ließe sich die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten – vor allem der Länder im globalen Süden – zeitnah senken und ein Beitrag zur nachhaltigen Überwindung von Hunger und Mangelernährung leisten. Positive Konsequenzen wären neben einer erhöhten Resilienz der lokalen und regionalen Ernährungssysteme auch der Aufbau und die Stärkung regionaler Wirtschaftssysteme.

Alle Bemühungen können jedoch nur Erfolg haben, wenn auch andere Politikbereiche ihrer Verantwortung gerecht werden. So müssen Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik die entsprechende Neuausrichtung der Agrarpolitik unterstützen, statt sie zu konterkarieren. Ein verbindlicher rechtlicher Rahmen muss geschaffen werden, um menschenrechtliche Sorgfaltspflichten und die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards in globalen Lieferketten zu gewährleisten. Und nicht zuletzt muss Ernährungssicherheit auch in der Klimapolitik mitgedacht werden.



Südsudan, das Flüchtlingscamp in Bentiu. Frauen warten auf ihre Lebensmittel.

## G7-Gipfel braucht mehr als reine Symbolpolitik

Das Thema Ernährungssicherheit steht aufgrund der Nahrungsmittelpreiskrise nun tatsächlich ganz oben auf der G7-Gipfel-Agenda; entsprechende Forderungen der Zivilgesellschaft gibt es seit Langem. Um zu verhindern, dass sich der Beitrag der G7 zur Lösung der globalen Hungerkrise auf eine weitere kurzlebige Initiative mit geringer Wirkung beschränkt, müssen die Staats- und Regierungschefs Maßnahmen auf zwei Ebenen ergreifen:

### Kurzfristige Hilfe durch eine effektive und dem Bedarf angepasste GAFS:

- die Global Alliance for Food Security in bestehende Strukturen einbetten und schnell dort starten, wo Hilfe am dringendsten benötigt wird;
- betroffene Länder und Bevölkerungsgruppen sowie die Zivilgesellschaft umfassend und zeitnah einbinden;
- konkrete, an die Bedarfe angepasste Finanzierungsziele aufstellen.

### Langfristige Transformation der Ernährungssysteme:

- die ländliche Entwicklung im globalen Süden durch Initiativen mit Laufzeiten von mindestens zehn Jahren fördern;
- langfristige, enge und gleichberechtigte Partnerschaften mit von Ernährungsunsicherheit und Mangelernährung betroffenen Ländern und Bevölkerungsgruppen eingehen;

- das Welternährungskomitee (CFS) als multilaterales, inklusives Forum stärken und dessen Politikempfehlungen als politikleitend verstehen;
- Agrarpotenziale im globalen Süden in den Vordergrund stellen und dabei die Verringerung von Nachernteverlusten und die standortgerechte Landwirtschaft fördern;
- den lokalen und regionalen Handel mit Nahrungsmitteln stärken;
- eine grundsätzliche Neuausrichtung von Agrarstrategien unterstützen, damit sie zum Erreichen von Umwelt- und Klimazielen beitragen;
- die Ernährungssysteme derart umgestalten, dass sie unter Berücksichtigung der planetarischen Grenzen stets zu einer gesunden und ausreichenden Ernährung aller Menschen beitragen.
- einen verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Gewährleistung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten sowie von Umwelt- und Sozialstandards in globalen Lieferketten schaffen;
- eine angemessene und flexible Finanzierung bereitstellen, um diese Ziele auch zu erreichen. Die G7-Staaten sollten hierfür bis 2030 jährlich mindestens 14 Milliarden US-Dollar zusätzlich aufbringen; der Anteil Deutschlands sollte dabei mindestens 1,4 Milliarden US-Dollar (ca. 1,35 Milliarden Euro) jährlich betragen.

---

#### Quellenangaben:

1. GAFS (2022a). *Report 1st Steering Committee of GAFS*.
2. GAFS (2022b). *Overview Steering Group*.
3. G7 France (2019). *Biarritz Progress Report – G7 Development and Development-Related Commitments*. Verfügbar unter: <http://www.g8.utoronto.ca/summit/2019biarritz/rapport-g7-v8.pdf>.
4. Chichaibelu, B. B. et al. (2021). The global cost of reaching a world without hunger: Investment costs and policy action opportunities. In: *Food Policy*. Volume 104, October 2021, 102151.
5. Prášková D. M. und Novotný, J. (2021). *The rise and fall of the New Alliance for Food Security and Nutrition: a tale of two discourses*. In: *Third World Quarterly*, 42:8, 1751-1769, DOI: 10.1080/01436597.2021.1917355.
6. Welthungerhilfe (2012). *Gipfelversprechen einhalten – Vereinbarungen vom G8 Treffen 2009 in L'Aquila noch nicht erfüllt*. Verfügbar unter: <https://bonnsustainabilityportal.de/de/2012/05/welthungerhilfe-gipfelversprechen-einhalten-vereinbarungen-vom-g8-treffen-2009-in-laquila-noch-nicht-erfullt>.
7. Wax, E. (2022). *Get ready for 'hell,' UN food chief warns amid Ukraine shockwaves*. In: *Politico*, 22.03.2022. Verfügbar unter: <https://www.politico.eu/article/world-food-programme-eu-fund-us-food-aid-ukraine-russia>.
8. Welthungerhilfe/Terre des hommes (2022). *Kompass 2022 – Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik*.

Bonn/Berlin, 23. Juni 2022

Kontakt: **Lisa Hücking**, Senior Policy Advisor

E-Mail: [policy@welthungerhilfe.de](mailto:policy@welthungerhilfe.de)

**Deutsche Welthungerhilfe e. V., Friedrich-Ebert-Straße 1, 53173 Bonn**  
Tel. +49 (0)228 2288-0, Fax +49 (0)228 2288-333, [www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de)